

Erklärung des Staatsrates der DDR zur Rechtsentwicklung in beiden deutschen Staaten

Im Leben eines jeden Volkes haben die jeweils bestehende Rechtsordnung und die Rechtspraxis bedeutsamen Einfluß auf die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts und auf das freie und glückliche Leben jedes Bürgers. Recht und Rechtspflege, Gerechtigkeit und Gesetzlichkeit gehören zu den Grundfragen der Nation und berühren wesentliche Lebensinteressen der Bevölkerung in der Deutschen Demokratischen Republik und in der Bundesrepublik.

Der Staatsrat der Deutschen Demokratischen Republik hat in seiner 25. Sitzung am 15. April 1966 zu Ergebnissen und zur Entwicklung von Recht und Rechtspflege in Deutschland Stellung genommen. Er nimmt dies zum Anlaß, um aus nationaler Verantwortung zu erklären:

Heute bestehen auf deutschem Boden zwei Staaten mit völlig unterschiedlicher Staats- und Rechtsordnung.

Mit der Bildung der westdeutschen Bundesrepublik am 7. September 1949 wurde die durch die Westmächte und deutschen Imperialisten systematisch vorbereitete Spaltung Deutschlands vollzogen. Im Interesse der Wiederherstellung der Herrschaft des deutschen Monopolkapitals wurde das Besatzungsgebiet der Westmächte als separates Staatsgebilde aus dem deutschen Nationalverband herausgerissen. Damit wurden die nationalen Interessen des deutschen Volkes den Macht- und Profitinteressen des Monopolkapitals geopfert und der Wille der demokratisch gesinnten Kräfte vergewaltigt. Die Bildung des westdeutschen Separatstaates und sein Ausbau zum imperialistisch-militaristischen Obrigkeitsstaat mißachtete zugleich das Potsdamer Abkommen, in dem die Entwicklung Deutschlands zu einem einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Rechtsstaat als gemeinsamer Wille der Signatarstaaten festgelegt ist.

Nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus organisierten sich in ganz Deutschland demokratische Kräfte, die sich der historischen Lehren deutscher Geschichte bewußt und die gewillt waren, nunmehr endgültig demokratische Verhältnisse zu schaffen, damit nie wieder Krieg und Unrecht von deutschem Boden über andere Völker und über das deutsche Volk selbst komme. In Übereinstimmung mit dem Potsdamer Abkommen faßten sie Beschlüsse, die den Lebensinteressen des deutschen Volkes entsprachen und die Errichtung einer dem Frieden dienenden, demokratischen Staats- und Rechtsordnung zurü Ziele hatten. Sie hatten damals richtig erkannt: Die Ursache für Krieg und Not, für Unmenschlichkeit, Ungerechtigkeit und Ungesetzlichkeit ist die Herrschaft des deutschen Imperialismus und Militarismus; es ist erforderlich, die Wurzeln der Macht des Imperialismus und Militarismus für immer zu beseitigen, um nicht die Fehler der Weimarer Republik zu wiederholen, die letztlich zur Errichtung der faschistischen Diktatur führten.

Im Osten Deutschlands wurden diese Erkenntnisse und Beschlüsse durch die demokratischen Kräfte schrittweise verwirklicht. Angesichts der imperialistischen Spaltungsmaßnahmen schufen die demokratischen Kräfte zur Sicherung der erfolgreich begonnenen demokratischen Neuordnung und als Akt nationaler Selbsthilfe am 7. Oktober 1949 die Deutsche Demokratische Republik. Damit war zum ersten Mal in der deutschen Geschichte ein Staat geschaffen, in dem das werktätige Volk das Schicksal der deutschen Nation in die Hände genommen und dem Frieden, der Demokratie und dem Recht eine feste Heimstatt gegeben hat. Dieser Staat, der aus der demokratischen Aktion des deutschen Volkes entstanden ist, die Lebensinteressen der Nation wahrt und das Potsdamer Abkommen konsequent verwirklicht, ist der legitime deutsche Rechtsstaat.

I

Im Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik haben die Arbeiter und Bauern im Bündnis mit den demokratischen Kräften aus Intelligenz, Mittelstand und Bürgertum in Wahrnehmung ihres Selbstbestimmungsrechts in freier Entscheidung die Basis der verblichenen Macht des Monopolkapitals und des Militarismus zerschlagen, die Betriebe der Konzernherren, Kriegs- und Naziverbrecher in Volkseigentum übergeführt und das Land der Junker in die Hände der Bauern gegeben. Alle öffentlichen Ämter und die Justiz wurden von Kriegsverbrechern, belasteten Nazibeamteten und -juristen gesäubert und von bewährten Männern und Frauen aus dem Volke übernommen. Das Bildungsprivileg wurde gebrochen; für alle Schichten des Volkes wurden gleiche Bildungsmöglichkeiten geschaffen. Damit entstanden reale Grundlagen, um eine vom Volk gestaltete, von ihm getragene und ihm dienende demokratische Staats- und Rechtsordnung zu errichten.

Auf dieser sicheren Grundlage entstand die Macht der Arbeiter und Bauern im festen Bündnis mit allen anderen demokratischen Kräften. Erstmals in Deutschland wurden echte demokratische Verhältnisse geschaffen, in denen die Mehrheit des Volkes sein Leben und Geschick in die eigenen, gemeinsam starken Hände genommen hat. Diese demokratische Macht des werktätigen Volkes ist die sichere Garantie für Frieden, Freiheit und Recht, für Menschlichkeit und sozialen Fortschritt. Sie vor jedem Zugriff zu schützen und den deutschen Friedensstaat allseitig zu stärken, liegt im Interesse der ganzen deutschen Nation.

Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik können heute mit tiefer Befriedigung feststellen: Der Staat, das sind wir, das Recht ist unser Recht. Es ist in der Deutschen Demokratischen Republik unmöglich, daß Unternehmerrmillionen politische Macht kaufen. Es